

Gentechnik - Verarbeiter - Newsletter Mai_06

Sehr geehrte Damen und Herren,

... in eigener Sache...

vielen Dank, dass Sie Aufruf des Projektes Gentechnikfreie Regionen in Deutschland die "Forderungen der Lebensmittelwirtschaft an die Politik: Für die Erhaltung der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft" zu unterzeichnen, nachgekommen sind. Mittlerweile haben 255 Unternehmen, mit knapp 10.300 Arbeitsplätzen und 2,27 Milliarden Euro Umsatz, die Forderung nach dem Erhalt der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft unterzeichnet. Dies ist eine Stimme in der kontroversen Gentechnik-Diskussion, die nicht mehr zu ignorieren ist.

Bei der Unterzeichnung der Verarbeiterforderungen haben Sie auch angekreuzt, dass sie an weiteren Informationen interessiert sind. Da die Nachfrage hiernach so groß war, haben wir uns entschlossen einen Verarbeiter - Newsletter herauszugeben. Ein besonderer Dank gilt von unserer Seite der Schweißfurth-Stiftung in München, die die Herausgabe des Newsletters unterstützt. Dieser Newsletter soll regelmäßig erscheinen und zum einen die wichtigsten Ereignisse aus Politik, Wirtschaft, Anbau und Freisetzung, zum anderen auch verarbeitungsrelevante Themen aufgreifen. Dieser Newsletter ist zur Einführung etwas umfangreicher geworden. Wenn Sie interessante Beiträge und Meldungen sowie Anregungen und Kritik haben aber auch wenn Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, mailen Sie einfach an folgende Adresse: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de. Gerne können Sie den Newsletter an Ihnen befreundete Unternehmen weiterleiten oder uns die entsprechenden Adressen weiterleiten.

Das Signal aus der Lebensmittelwirtschaft ist auch an Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer nicht vorbei gegangen ist. Am 20. April hat Minister Seehofer die Wirtschaftsbeteiligten, Wissenschaftler und Umweltverbände jeweils zu einer Gesprächsrunde eingeladen. Zum Abschluss der Wirtschaftsrunde stellte Seehofer fest, dass keiner der Wirtschaftsverbände am Tisch offensiv für die Gentechnik eingetreten ist – niemand der Anwesenden protestierte – und es nicht die Aufgabe der Politik sei, für die Gentechnikindustrie die Kohlen aus dem Feuer holen. Zu einer solchen Äußerung des Ministers hat sicherlich die Vielfalt der Proteste der einzelnen Bewegungen beigetragen, allen Beteiligten gebührt ein großer Dank für Ihren Einsatz.

Das heißt aber auf keinen Fall, dass wir uns zurücklehnen und die Arbeit für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft einstellen werden. Im Gegenteil: die Forderung nach einer gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft muss dringend aufrecht erhalten werden zumal hinter den Kulissen in Berlin und Brüssel starke Lobbyarbeit für die Gentechnik gemacht wird. Auf der Mitgliederversammlung des Bund der Deutschen Pflanzenzüchter am 10. Mai 06 wurde klar dargelegt, dass die Bundesregierung Forschung und Anwendung der Gentechnik befördern wird. Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm stehen 6 Mrd. Euro zur Verfügung. Zusätzlich startet das BMELV ein neues Programm „Innovationsförderung in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher, das alleine 2006 mit einer Fördersumme von 5 Mio Euro ausgestattet ist. Wir fordern, dass die Bundesregierung offen legt, wohin diese öffentlichen Mittel fließen. Laut Aussage des BMELV-Abteilungsleiters Dr. Jörg Wendisch auf der BDP-Versammlung ist der Kern des „Problems“ die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber der Gentechnik. Eine Umstimmung sei ein langwieriger Prozess. Angestrebt wird eine objektive Aufklärung, um so das Meinungsbild der Bevölkerung zu verändern. Eine einseitige Werbestrategie der Gentechnik-Industrie – finanziert mit Steuermitteln – darf es nicht geben.

Inhalt:

In eigener Sache	1
Meldungen aus Berlin und Brüssel	
1. Koexistenz-Tagung in Wien	2
2. Doppelzüngigkeit der EU-Kommission	2
Meldungen aus der Wirtschaft	
3. „Kann GVOs enthalten“ – Kompromiss bei internat. Handel bis 2012	3
4. Soja ohne Gentechnik: Raiffeisen- Genossenschaft stellt Futtermittelproduktion in Würzburg um	3
5. Nestlé erhält Patent auf Gentech-Kaffee	3
Meldungen zu Freisetzungsvorhaben	
6. Erster Freisetzungsvorhaben von gentechnisch veränderter Gerste	3
7. Kritik am geplanten Gen-Raps-Versuchsanbau in MV	4
8. „BASF bereitet Markteinführung für GV - Kartoffel vor“	5
Über den Tellerrand	
9. Österreich verbietet Einfuhr von GVO-Raps GT73	5
10. Polnisches Gesetz verabschiedet: Verbot von GVO - Saatgut	5
11. Unmögliche Koexistenz in Spanien	6
12. Terminator-Technologie – vorerst gebannt	6
Zu guter Letzt	
13. Gen-Mais-Anbau 2006 im Promille-Bereich	6

1. Koexistenz-Tagung in Wien

Zwei Tage lang diskutierten 700 Experten Anfang April 2006 über Fragen der Koexistenz zwischen biologischer, konventioneller und Gentechnik-Landwirtschaft bei einer EU-Konferenz. Konkrete Ergebnisse gab es nicht, deutlich jedoch wurden die unterschiedlichen Positionen gegenüber der Gentechnik und ihrer „Koexistenzfähigkeit“. Während Österreich große Skepsis gegenüber der Möglichkeit "des friedlichen Nebeneinanders" an den Tag legt, betonten offizielle Vertreter Dänemarks und Deutschlands, dass sie Koexistenz für realisierbar halten. Die Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel geht von einer funktionierenden Koexistenz aus, diese sei bei 0,9% auf dem Acker möglich. Jeder Landwirt und jeder Verarbeiter weiß, dass 0,9% auf dem Acker eine gentechnikfreie Produktion ad absurdum führt. Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hingegen betonte, dass alle Landwirte weiterhin die Möglichkeit haben müssen, ihr Saatgut selbst zu wählen und Vertrauen haben müssen, in die Qualität und Reinheit des Saatgutes. Die Auswirkungen von Gentechnik auf die Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit müssen klar dargestellt werden. Hinsichtlich der Koexistenzfähigkeit äußerte er Bedenken und forderte eine fundierte Risikobewertung und Risikomanagement sowie Transparenz. Zudem betonte er, dass die Gentechnik hinsichtlich Umwelt- und Gesundheitsgefahren einige Unsicherheiten berge und übte Kritik am bisherigen Zulassungsverfahren der EFSA (s.2.). Konventionelle Sorten dürften als Alternative zu Gentechnik nicht vernachlässigt werden. Landwirte müssen die freie Entscheidung haben, Gentechnik NICHT einzusetzen. Das Selbstbestimmungsrecht der Regionen freiwillig gentechnikfreie Regionen auszurufen, muss nutzbar sein. Der MdEP Friedrich-Wilhelm Gräfe zu Baringdorf stellte klar, dass der Begriff „Koexistenz“ kein Recht auf Kontamination bedeute, sondern die Pflicht berge, Kontamination derjenigen Land- und Lebensmittelbetriebe zu verhindern, die weiterhin ohne Gentechnik arbeiten wollen und müssen.

- <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22419/1.html>
- http://www.graefezubaringdorf.de/pdf_publications/06-04-05-RedeKoexistenz.
- http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/events/vienna2006/concl_de.pdf

2. Doppelzüngigkeit der EU-Kommission

Seit Aufhebung des 6 Jahre in der EU bestandenen Moratoriums auf Neuzulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen im Jahre 2004 hat die EU-Kommission 31 gentechnisch veränderte Maissorten (Mon 810) für den Anbau zugelassen. In all diesen Fällen hat die Kommission gegenüber Mitgliedsländern und der Öffentlichkeit behauptet, die jeweiligen gentechnisch veränderten Pflanzen bzw. Lebensmittel wären „absolut sicher“.

Die EU-Kommission, die bei ihren Mitgliedern nationale Import- bzw. Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen nicht zulässt, argumentiert gegenüber der Welthandelsorganisation WTO im so genannten Gentech-Streitfall mit den Risiken der Gentechnologie. Hier spricht die Kommission von einem „großem Bereich der Unsicherheit“ bei Gentech-Pflanzen und Gentech-Nahrung und davon, dass „einige Themengebiete überhaupt noch nicht erforscht sind“.

- GLOBAL 2000/Friends of the Earth und Greenpeace haben eine umfassende Analyse über das Kommissionsdokument verfasst. Dieses und eine deutsche Zusammenfassung so wie die Originaldokumente der EU Kommission unter:
<http://www.global2000.at/pages/gmostudie.htm>
- <http://www.finanztreff.de/ftreff/news.htm?id=24919496&r=20&sektion=ticker&awert=&u=0&k=0>

3. „Kann GVOs enthalten“ – Kompromiss bei internat. Handel bis 2012

Die 132 Mitgliedsstaaten der Konvention zur Biologischen Sicherheit haben sich auf Regeln geeinigt, wonach gekennzeichnet werden muss, ob bei Lebens- und Futtermitteln im internationalen Handel gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) enthalten sind. Für eine Übergangsperiode von sechs Jahren dürfen Exporteure noch Ladungen verschicken, bei denen nur gekennzeichnet werden muss, ob GVOs enthalten sein "können". Ab 2012 sollen strengere Regeln gelten.

- Pressemitteilung EED, 18.3.06 „Gentechnikkonferenz einigt sich in letzter Minute“:
<http://biotechtradewatch.eed.de>

4. Soja ohne Gentechnik: Raiffeisen- Genossenschaft stellt Futtermittelproduktion in Würzburg um.

Am 10. April lud die Geschäftsführung des Raiffeisen-Krafftfutterwerks Süd in Würzburg zur Pressekonferenz ein und verkündete: „Das RKW-Süd stellt seine gesamte Produktion auf nicht kennzeichnungspflichtige Ware um!“ Das Raiffeisen-Krafftfutterwerk in Würzburg reagiert damit auf den Druck von Händlern und Landwirten. Nach Darstellung des stellvertretenden Geschäftsführers der Raiffeisen-Krafftfutterwerke Süd, Ulrich Steinruck, ist der Impuls zur Umstellung von der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch-Hall ausgegangen. Die dort arbeitenden Landwirte haben sich im Rahmen der Qualitätsfleischerzeugung verpflichtet, auf Gentechnik im Futtertrog zu verzichten. Sie beliefern Fleischereifachbetriebe, die gehobene Gastronomie sowie die Marke „Du darfst“ von Unilever. Die gentechnikfreie Fütterung ist für die Schwäbisch Hällischen einer der zentralen Qualitätsstandards. Herkunft des gentechnikfreien Soja ist Brasilien, lückenlos zertifizierte Ware der Firma CertID vom Feld Brasiliens bis zum Werk in Würzburg. Allein in Brasilien stehen laut Aussagen von CertID genügend Sojabohnen „ohne Gentechnik“ zur Verfügung um den EU-Bedarf von ca. 36,6 Mio. Tonnen zu decken. Der Präsident des Raiffeisenverbandes Herr Nüssel erklärte bei der Pressekonferenz, dass die Umstellung des Werkes keinesfalls eine ideologische Neuausrichtung sei. Vielmehr sehe man in der Vermarktung gentechnikfreier Futtermittel ein Geschäftsmodell. Die Verfügbarkeit gentechnikfreier Ware sei auch nicht auf den süddeutschen Raum beschränkt.

- http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft_und_boerse/wirtschaft/?cnt=846544
- Unabhängige Bauernstimme, Mai 2006, S. 17

5. Nestlé erhält Patent auf Gentechnik-Kaffee

Der Schweizer Lebensmittel-Multi Nestlé ist seit Ende Februar im Besitz eines Patentes auf Gentechnik-Kaffee. Der genmanipulierte Kaffee soll besser löslich sein. In vielen Teilen der Welt hat der Konzern seinen Verzicht auf Gentechnik-Lebensmittel erklärt. Durch den Erwerb solcher Patente zeigt sich Nestlés Interesse an der Gentechnik und vergrößert die Gefahr der Kontrolle der Lebensmittelproduktion durch multinationale Konzerne.

- http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?r=228054&aktion=jour_pm&quelle=1

6. Erster Freisetzungversuch von gentechnisch veränderter Gerste

Ende April wurden im Rahmen der so genannten Biosicherheitsforschung auf einem Versuchsgelände der Universität Gießen auf etwa 12 Quadratmetern rund 5.000 Pflanzen zweier gv-Gerstenlinien ausgebracht. Es handelt sich um zwei gentechnische Veränderungen: Zum einen soll das Resistenzpotentials gegenüber zweier Pilzarten durch den Einbau einer

Endochitinase erhöht werden. Dieses Gen wird in jeder Pflanzenzelle gebildet. Es bewirkt den Abbau von Chitin, das Bestandteil pilzlicher Zellwände von Schaderregern und Symbionten ist. Zum anderen ist ein Gen zur Produktion einer Glucanase eingebaut worden. Dies soll einem verbesserten Abbau der β -Glucane im Endosperm (Nährgewebe der Samen) und Aleuron (dünnes Häutchen um den Mehlkörper herum, wabenartig) während der Keimung dienen. Letztere gentechnische Veränderung zielt darauf ab, den Futterwert der Gerstenkörner und die Mälzeigenschaften im Brauprozess zu verbessern.

Größte Kritik an dem Freisetzungsversuch ist, dass dieser mehr der Produktentwicklung der GV-Gerste und weniger der Biosicherheitsforschung dient. Derzeit gibt es noch keinen Grund für eine "Biosafety-Forschung" von Gerste, da sie nirgends auf der Welt zugelassen ist. Die sparsamen (Steuer-) Mittel für die Biosicherheitsforschung sollten praxisrelevanteren und kritischen Fragestellungen gewidmet werden, z. Bsp. am Gen-Mais MON 810, der dieses Jahr zum ersten Mal kommerziell angebaut wird. Produktentwicklung sollte von der Gentechnik-Industrie selber bezahlt werden, nicht unter dem Decknamen "Biosicherheit" mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Verschiedene Pressemeldungen, u. a. rhein-main.net Nachrichten, 1.5.06 „Erstmals genmanipulierte Gerste ins Freiland gesät“:

- <http://www.rhein-main.net/sixcms/detail.php/2926161>
- http://www.gelnhaeuser-ageblatt.de/sixcms/detail.php?id=2035332&template_id=2634&adtag=science&zeitungstitel=1133845&dpa=wissenschaft
- Bio-Brauer protestieren gegen Gen-Test mit Gerste;
<http://www.neumarktonline.de/art.php?newsid=44707>

7. Kritik am geplanten Gen-Raps-Versuchsanbau in MV

In Mecklenburg-Vorpommern soll dieses Jahr vier genmanipulierte Raps-Sorten freigesetzt werden. Der Bescheid ist am 10. Mai erteilt worden, jetzt haben diejenigen die einen Einwand erhoben noch einen Monat Klagefrist. Gegen die Freisetzungsversuche gibt es massive Proteste und die zuständige Behörde wird aufgefordert, die Aussaat zu unterlassen. Zahlreiche schriftliche Einwendungen sind beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eingegangen. Das Versuchsfeld befindet sich am Rande des FFH-Schutzgebiets Billenhäger Forst. Am Versuchsfeld führt eine Bundesstraße vorbei, so dass der Samen des Sommerrapses weit verschleppt werden können. Eine Verunreinigung konventionellen Rapses sowie eine Kontamination der Honigbienen in der Umgebung sind damit vorprogrammiert. Der Versuchsanbau ist zu 80% aus öffentlichen Mitteln finanziert, das Gesamtvolumen beträgt über 620.000,- €.

Selbst Gentechnikbefürworter betonen, dass Raps nicht koexistenzfähig ist. Rapspollen können durch Wind und Insekten bis zu 26 Kilometer weit verbreitet werden. Die Samen sind winterhart und jahrzehntelange keimfähig. Hinzu kommt, dass Raps mit etlichen heimischen Wildarten verwandt ist (Kreuzblütler). Die Freisetzung von Gen-Raps in einem Raps-Land wie Mecklenburg-Vorpommern gefährdet akut die deutschen Raps-Anbauer. Die Firma Unilever hat bereits Mitte der 90er Soja-Produkte vom Markt genommen und durch Raps aus Europa ersetzt (bspw. für ihre Margarineherstellung) weil dieser (bislang) gentechnikfrei ist – dieses Qualitätsmerkmal ist mit der geplanten Freisetzung in Gefahr. Seit dem im Juni 2002 in konventionell erzeugten kanadischen Raps- und Klee-Honig gentechnisch veränderter Raps gefunden wurde, teilte die Firma Langnese umgehend mit, keinen kanadischen Honig mehr zu verwenden. Ökologischer Rapsanbau ist in Kanada praktisch nicht mehr möglich. Der Gerichtshof des kanadischen Bundesstaates Saskatchewan hat 2004 eine Sammelklage von rund 1.000 Bio-Bauern zugelassen, die von Monsanto und Bayer CrpScience Entschädigung von Einnahmeverlusten fordern, die ihnen durch die Kontamination ihrer Ernten durch gentechnisch veränderten Raps entstanden sind. Ernte- und Transportverluste von Raps sind allgemein hoch. Auf- und Durchwuchs auf und neben den Anbauflächen werden weithin beobachtet, Ruderalpopulationen sind zahlreich und deren Verbreitung ist nicht auf die Nähe zu Anbauflächen oder Transportwegen beschränkt.

- http://www.nabu.de/m06/m06_11/04981.html
- <http://www.naturkost.de/meldungen/2006/060209genv1.htm>
- http://www.vetline.de/nachrichten/aktuelles/honig_pollen.htm
- <http://www.finab.de/>
- Hintergrundpapier: „Kritik an der geplanten Raps-Freisetzung in MV“ unter www.gentechnikfreie-regionen.de

8. „BASF bereitet Markteinführung für GV - Kartoffel vor“

Die BASF Plant Science, das Biotechnologieunternehmen des BASF-Konzerns, in Limburgerhof erwartet die EU-Zulassung für die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel Amflora noch in diesem Jahr und will die Markteinführung in Deutschland vorbereiten, so berichtet der Agrimanager im Mai 2006. Mit einigen Landwirten in Brandenburg und Sachsen-Anhalt habe das Unternehmen einen Qualitätssichernden Anbau gestartet, damit die Landwirte mit einer konventionellen rotschaligen Stärkekartoffel üben können, wie eine Vermischung von GV-Kartoffeln mit konventioneller Ware im Betrieb vermieden werden kann und worauf bei Aussaat, Ernte und Lagerung zu achten ist. Der Anbauumfang sei aber noch gering, erläuterte ein Unternehmenssprecher gegenüber Agrimanager. Das Interesse seitens der Landwirte sei aber groß. Im vergangenen Jahr habe das Unternehmen bereits in Tschechien gute Erfahrungen gemacht. Die GV-Stärkekartoffel, die durch die gentechnische Veränderung nur Amylopektin enthält, soll in der technischen Industrie als Verdickungsmittel bei der Papier- oder Textilherstellung Anwendung finden. Vorsorglich soll die zur Stärkeproduktion geplante Kartoffel auch als Lebensmittel zugelassen werden.

- <http://www.agrimanager.de/nachrichten/aktuell/pages/show.prl?params=%26recent%3D1%26type%3D1&id=20138&currPage=>

Neben der Veränderung der Stärkeproduktion sind in Groß Lüsewitz Freisetzungsversuche mit so genannten Pharma-Kartoffeln geplant. Die von der Universität Rostock entwickelten gentechnisch veränderten Kartoffeln enthalten pharmazeutische Stoffe. Die transgenen Kartoffeln sollen der Produktion von Impfstoffen dienen. Zu diesem Zweck wurden Teile aus dem Cholera-Bakterium und dem Virus, das die tödliche »Chinaseuche« bei Kaninchen hervorruft, in verschiedene Kartoffellinien eingebaut. Der Versuch wäre ein Präzedenzfall: Nie zuvor wurden Pharma-Pflanzen in Deutschland auf freiem Feld angebaut. Bislang sind sie in keinem Land der Welt zum kommerziellen Anbau zugelassen. Das Umweltinstitut München hat dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Berlin rund 2.000 Einwendungen gegen den geplanten Freisetzungsversuch mit genmanipulierten Kartoffeln, der auch im bayrischen Olching stattfinden soll, gestellt. Aufgrund der Aufdeckung verfahrenstechnischer Fehler in der Bekanntmachung wird zumindest in diesem Jahr keine Freisetzung in Olching stattfinden.

- Pressemitteilung Umweltinstitut, 28.4.06: <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/f-presse06.htm>

9. Österreich verbietet Einfuhr von GVO-Raps GT73

Die österreichische Bundesministerin Maria Rauch-Kallat hat die österreichische Verbotssverordnung für gentechnisch veränderten Ölraps GT73 unterzeichnet. GT73 Raps wurde von der Europäischen Kommission am 31.08.2005 zum Inverkehrbringen in der EU für Verarbeitungszwecke zugelassen, obwohl sich am Umweltministerrat am 20.12.2004 eine sehr klare Mehrheit (Staaten- und Stimmenmehrheit) gegen diese Zulassung ausgesprochen hatte. Als Probleme wurden am Umweltministerrat das Fehlen von toxikologischen oder allergologischen Langzeitstudien, Probleme der molekularen Charakterisierung, aber auch die Sorge vor der unabsichtlichen Verbreitung von Rapssamen thematisiert.

- Info des Bundesministerium für Gesundheit und Frauen
<http://www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0255&doc=CMS1144914646396>

10. Polnisches Gesetz verabschiedet: Verbot von GVO - Saatgut

Das polnische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das den Handel mit Gen-Saatgut im Land verbietet. Zugleich darf gentechnisch verändertes Saatgut nicht mehr ins nationale Saatgutregister aufgenommen werden. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss es noch vom Präsidenten Lech Kaczynski unterzeichnet werden, der dafür nun drei Wochen Zeit hat.

- Meldung Reuters in Warsaw Business Journal online, 24.4.06:
<http://www.wbj.pl/?command=article&id=31787&>
- Nachricht bei Greenpeace, 28.4.06:
http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/nachrichten/artikel/polen_sagt_nein_zu_gen_saatgut/

11. Unmögliche Koexistenz in Spanien

Eine Studie von Greenpeace Spain, Assemblea Pagesade Catalunya und Plataforma Transgenics Fora im Jahr 2005 hat in sieben Fällen Verunreinigungen mit GV-Mais Mon810 bzw. Bt176 festgestellt. Von den Verunreinigungen – sie lagen zwischen 0,07% und 12,6% - waren ökologische und konventionelle Betriebe betroffen. Ebenfalls 2005 testete das Aragonesische Agriculture Committee (CAAE) organischen Mais und fand in 50% der Proben GV-Verunreinigungen zwischen 0,03% und 1,9%. Der Mais konnte nicht als Bio-Mais vermarktet werden. Der Bericht zeigt, wie wenig die Behörden über den Genmais-Anbau wissen, wie undurchsichtig die Genehmigungspraxis für Versuchsflächen ist, dass das Monitoring des Anbaus und die Aufzeichnung von Kontaminationsfällen mangelhaft sind oder ganz fehlen.

- http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/dokumentation/?em_cnt=877109
- Zusammengefasste Studie über Verunreinigungsfälle in Spanien:
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/gentechnik/La_imposible_coexistencia.pdf

12. Terminator-Technologie – vorerst gebannt

Auf der 8. UN-Artenschutzkonferenz im März 2006 in Curitiba legte die zuständige Arbeitsgruppe fest, dass das seit 2000 gültige Moratorium für steriles Saatgut, die so genannte Terminator-Technologie, bestehen bleibt. Terminator-Technologie bedeutet, dass Pflanzen durch gentechnische Manipulation des Erbgutes ihrer Vermehrungsfähigkeit beraubt werden; sie wachsen zwar noch, aber die Ernte ist steril und damit nicht mehr als Saatgut verwendbar. Mit dem oben genannten Beschluss ist der Einsatz von Terminator-Saatgut - ob aus wissenschaftlichen oder aus kommerziellen Gründen – für die Vertragsstaaten verboten. Zugleich wurde das Recht der Bauern bekräftigt, ihr eigenes Saatgut zu erzeugen. Für Millionen Landwirte ist dies eine Existenzfrage. "Selbst wenn es in Curitiba dabei bleibt - in zwei Jahren geht der Kampf weiter, denn dieses Geschäft ist für die Biotech-Multis einfach zu lukrativ", sagt der US-Forscher Pat Mooney.

Die USA haben die Konvention über die Biologische Vielfalt nicht unterzeichnet und sind somit auch nicht an die Entscheidungen des Plenums gebunden. Bisher gibt es keine gesicherten Erkenntnisse darüber, ob in den USA Freisetzungsversuche mit Terminator-Pflanzen stattfinden. Die kanadische Regierung war einer der Hauptakteure bei dem Versuch, das Terminator-Moratorium der CBD zu schwächen. Nachdem die VertreterInnen der Vertragsstaaten der CBD das Moratorium in Curitiba jedoch bestätigten, sagte Giuliano Tolusso, Mitarbeiter von Agriculture Canada (der zentralen nationalen Landwirtschaftsbehörde), dass sein Land das Moratorium respektieren werde. Kanada werde die Forschung an der Terminator-Technologie erlauben, aber nur in Laboren, das heißt in geschlossenen Systemen und eben nicht im Freiland.

- Taz: „Terminator muss draußen bleiben“: <http://www.taz.de/pt/2006/03/29/a0110.1/text>
- Hintergründe unter: <http://www.freie-saat.de/>,
- <http://www.gene.ch/genpost/2006/Jan-Jun/msg00201.html>

13. Gen-Mais-Anbau 2006 im Promille-Bereich

Prophezeite die Gentechnik-Industrie im letzten Herbst bei Veranstaltungen noch 10.000 Hektar gentechnisch veränderten Mais für das Anbaujahr 2006, so hat sie jetzt deutlich zurück stecken müssen. Ende März 2006 waren knapp 2.000 Hektar im Standortregister angemeldet (www.standortregister.de). Dies bedeutet nicht, dass die Bauern tatsächlich anbauen. Gespräche unter Berufskollegen, in denen die Konsequenzen dargestellt wurden, was ein Anbau für die Region und die Nachbarn bedeute, haben viele Landwirte dazu bewogen, vom Anbau abzusehen. Derzeit sind noch 1.041 Hektar angemeldet. „Dies ist eine Niederlage für die Gentechnik-Industrie und ein wichtiges Zeichen für alle, die sich mit viel Kraft und Engagement für den Erhalt der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft einsetzen“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Tausend Hektar sind tausend Hektar zu viel, aber das sind noch nicht mal 0,1% der 1,6 Mio Hektar Mais-Anbaufläche in Deutschland, auf denen dieses Jahr GV-Mais angebaut werden soll. Die Bewegung der gentechnikfreien Landwirtschaft kann mit ganz anderen Zahlen aufwarten: In Deutschland haben sich in den letzten zwei Jahren 93 Gentechnikfreie Regionen gegründet. 26.100 Landwirte mit über 930.000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche haben sich erklärt, dass sie keine Gentechnik auf ihren Feldern einsetzen wollen. (www.gentechnikfreie-regionen.de).